



Warum sollte das "SWIFT" Interims-Abkommen vom EP abgelehnt werden?

– Häufig gestellte Fragen –

F: Hat der Rat sich den Vertrag über die Arbeitsweisen der EU eingehalten?

A: Nein. Artikel 218 AEUV in der Fassung vom 1. Dezember 2009 verlangt: "Das Europäische Parlament wird in allen Phasen des Verfahrens unverzüglich und umfassend unterrichtet". Das Parlament ist weder unverzüglich noch umfassend unterrichtet worden. Wie der juristische Dienst des Parlaments in seiner Stellungnahme vom 2. Februar feststellt, hat der Rat *"gegen den Geist von Artikel 218(6)(a) AEUV verstoßen"*, indem er das Abkommen dem Parlament erst 5 Werktage vor der Anwendung am 1. Februar zugeleitet hat.

F: Erfüllt das Abkommen die Kriterien aus der Parlamentsresolution vom 17. September 2009?

A: Nein. Wie der juristische Dienst des Parlaments in seiner Stellungnahme vom 2. Februar bestätigt, sind mehrere zentrale Kriterien nicht erfüllt, darunter ein vorheriger Richterbeschluss, die Einhaltung von Rechtswegegarantien und die Definition von "Terrorismus".

F: Wieviele Daten werden tatsächlich übermittelt?

A: Unverhältnismäßig viele. Wegen der technischen Struktur von SWIFT kann die Firma Datenabfragen nicht auf spezifische Personen beschränken. Im Ergebnis wird sie (und hat in der Vergangenheit) Daten über *alle Transaktionen* von einem Land an einen Tag übermitteln. Dies ist nicht nur unverhältnismäßig, sondern setzt auch die EU dem Risiko umfassender Wirtschaftsspionage aus.

F: Schützt das Abkommen vor der Weiterleitung der Daten an Drittstaaten??

A: Nein. Das Abkommen schießt die Weitergabe von Daten an Drittstaaten aus, aber erlaubt die Weitergabe von undefinierten "Hinweisen", die auch personenbezogene Daten enthalten werden – mit unklaren Folgen.

F: Erfüllt das Abkommen EU-Datenschutzstandards?

A. Nein. Der EDPS und diverse andere Datenschutzbehörden haben wiederholt detaillierte Analysen veröffentlicht, nach denen das Abkommen nicht mit etablierten zentralen Datenschutzprinzipien der EU im Einklang ist, darunter auch die EMRK und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

F: Aber es gibt doch Sicherheitsgewinne durch die Datenweitergabe?

A: Nein. Die geheimen Berichte des Richters Bruguière haben keinen Nachweis geführt, dass es einen einzigen Fall von Terrorismus gab, der auf der Basis der Finanzdaten aufgeklärt oder verhindert wurde.

F: Was ist, wenn Rat und Kommission für das langfristige Abkommen ein neues Mandat vorlegen, das die Kriterien des Parlaments in seiner Resolution vom 17. September 2009 voll erfüllt?

A: Das Parlament hat die volle Verantwortung, über den vorliegenden Text des Interims-Abkommens abzustimmen. Es kann sich nicht davor drücken auf der Basis von Versprechen über mögliche künftige Erfolge.

F: Was wird mit Terrorismusermittlungen sein, wenn das Parlament die Zustimmung verweigert?

A: Die vorläufige Anwendung des Abkommens wird nach 10 Tagen eingestellt, und es wird nach 30 Tagen aufgehoben. US-Behörden können auf Basis bestehender Rechtshilfeabkommen weiterhin für spezifische Ermittlungen Daten anfragen, aber mit höherem Schutzniveau.

F: Was wird mit den transatlantischen Beziehungen passieren, wenn das Parlament die Zustimmung verweigert?

A: Die US-Regierung wird verstehen, dass es kein weiteres Abkommen aushandeln kann, das nicht voll die Kriterien erfüllt, die das Parlament vor 5 Monaten aufgestellt hat. Dies wird die Verhandlungsposition des Rates gegenüber den USA stärken und besseren Schutz für EU-Bürger sicherstellen.

F: Was wird mit den inter-institutionellen Beziehungen der EU passieren, wenn das Parlament die Zustimmung verweigert?

A: Der Rat wird einsehen, dass er keine weitere Vereinbarung aushandeln kann, ohne die klaren Kriterien zu respektieren, die vom Parlament vor 5 Monaten aufgestellt wurden. Rat und Kommission werden ebenfalls sicherstellen, dass das Parlament unverzüglich und umfassend über künftige Verhandlungen informiert wird. Dies wird sicherstellen, dass inter-institutionelle Beziehungen gemäß den neuen Bestimmungen des AEUV gehandhabt werden. Damit wird die Demokratie in der EU gestärkt.